



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 96/2011 Kiel, 29. September 2011

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Ansiedlung „Möbel Kraft“ in Kiel

... und was sagt eigentlich der Papst dazu?

Die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Christina Musculus-Stahnke, sagte in der heutigen Sitzung der Ratsversammlung in der Debatte zur Ansiedlung von „Möbel Kraft“ in Kiel (TOP 21):

„Im Grunde wollen mehrere Fraktionen der Ratsversammlung eine Ansiedlung von Möbel Kraft, so die Kooperation, die CDU und wir, die FDP. Die Linken und vermutlich auch die Direkte Demokratie wollen diese zunächst einmal nicht und vorher Bedarfe ermitteln, Standortalternativen und Einwände zunächst prüfen und dann eine Entscheidung treffen.

Soweit die grobe Richtung, aber wenn man dann in die Details geht bei den Fraktionen, die die Ansiedlung von Möbel Kraft am ins Auge gefassten Standort weiterverfolgen wollen, dann wird es kompliziert und unübersichtlich.

Wir haben schon eine durch den Bauausschuss abgeänderte Beschlussvorlage, die ohne Begründung und Standortanalyse zwei Seiten Text umfasst. Diese soll nun noch um über zwei weitere Seiten Beschlusstext ergänzt werden. Man muss sich wirklich fragen, ob, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Kooperation, Sie denn noch glauben, dass irgendein Bürger das versteht, was sie wollen und bis zum Ende weiterliest?

Man muss schon jegliches Vertrauen verloren haben, dass unsere Mitbürger Ihnen glauben können, dass Sie Ihre Interessen auch tatsächlich wahrnehmen werden, wenn man solche Anträge verfasst. Anders ist diese Aneinanderreihung von unterschiedlichsten Interessen, die Sie da vornehmen, nicht mehr zu erklären! Und dabei haben Sie noch jede Menge Aspekte übersehen: Haben Sie an eine Wasser- und Luftanbindung gedacht? Was sagt eigentlich der Papst dazu? Wird im nicht versiegelten Gebiet ein Kinderspielfeld geplant?

Im Grunde müssen Sie alle unserem FDP-Antrag zustimmen, denn da steht kurz und präzise alles drin, was die Mehrheit hier im Hause will:

1. Das Vorhaben „Möbel Kraft“ wird begrüßt.
2. Ersatzflächen sind in der Nähe anzubieten, die soziokulturellen Strukturen, die die Kleingärtner aufgebaut haben, sollen weitgehend erhalten bleiben.
3. Die KIWI kann tätig werden.
4. Detailliert dargestellt werden sollen
 - die Standorteignung
 - die Verträglichkeit mit dem Einzelhandelskonzept
 - die Verkehrsanbindung und deren Auswirkungen
 - die Umweltverträglichkeit

Wir unterscheiden uns in der Wahl des Verfahrens, wann der Verkauf an „Möbel Kraft“ erfolgen soll. Wir wollen, dass die Stadt bis zum Schluss als Grundeigentümerin in der Verantwortung bleibt!

Den Text, den Sie, verehrte Kooperation, da allerdings schon in Ihren Antrag aufgenommen haben und das, was Sie nun noch zusätzlich aufnehmen wollen, könnte man dann sehr gut gebrauchen, wenn unsere Verwaltung keine Ahnung hätte, wie sie ihre Arbeit im Bauleitverfahren zu erledigen hat und welche Elemente der verstärkten Bürgerbeteiligung dabei aus ihrer Erfahrung in den letzten zwei/drei Jahren sie noch einbauen sollte. Dass unsere Verwaltung jedoch sehr wohl über die notwendigen Kenntnisse verfügt, hat der Bürgermeister eben bei der Beantwortung der Bürgeranfragen bewiesen.

Vor diesem Hintergrund könnte man das, was die Kooperation da betreibt, als Kontrollneurose bezeichnen und es stellt sich die Frage, ob die Kooperation noch ernsthaft das Ziel verfolgt, dass „Möbel Kraft“ nach Kiel an diesen Standort kommt!

Der CDU-Antrag sieht da schon anders aus. Das Verfahren soll verlangsamt werden, um genauere Untersuchungen vorzunehmen und eine breitere Akzeptanz vor dem Fassen der weiteren Aufstellungsbeschlüsse zu erhalten.

Wir meinen allerdings, dass die bestehenden Verfahren im Bauleitverfahren der richtige Weg sind, dort alle Fragen abzuarbeiten und zu klären. Innerhalb dieses Verfahrens muss in der Tat nach unserer Auffassung viel mehr Bürgerbeteiligung stattfinden als bei vorherigen Ansiedlungen und Verkehrsplanungen.

Ein Werkstattverfahren allerdings für den Zweck der Standorteignung durchzuführen, ist nicht der richtige Weg. Dazu werde ich in der Aktuellen Stunde Weiteres sagen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer